

Information nach Art. 13 DSGVO für Antragstellende

Vorbemerkung

Gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO verarbeiten wir Ihre personenbezogene Daten, die wir für die Durchführung eines Antragsverfahrens benötigen, nur mit Ihrer Einwilligung. Nachfolgend informieren wir Sie darüber, welche Daten wir im Rahmen der Antragsverfahren zur Kunst- und Kulturförderung erfassen und wie wir sie verarbeiten. Dies betrifft alle Anträge auf Projektförderung, Anträge auf Infrastrukturförderung sowie Anträge auf Zuwendungen aus dem Bezirkskulturfonds.

1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Bezirksamt Mitte von Berlin
Amt für Weiterbildung und Kultur
FB Kunst, Kultur und Geschichte
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin
Dr. Ute Müller-Tischler: ute.mueller-tischler@ba-mitte.berlin.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Datenschutzbeauftragter des Bezirksamtes Mitte
Christian Rudolph datenschutz@ba-mitte.berlin.de

3. Kategorien verarbeiteter Daten

Juristische Personen

- Name und Anschrift (des Vereins / der Firma etc.)
- Email-Adresse, Telefonnummer und ggf. Website
- Name(n) der Kontaktdaten der benannten Ansprechpartner*innen
- Rechtsform sowie entsprechende Unterlagen zum Nachweis (z.B. Vereinsregisterauszug)
- Transparenzdatenbanknummer
- Projektbeschreibungen, -anlagen und weitere antragsrelevante Angaben / Unterlagen

Natürliche Personen

- Name und Anschrift
- Email-Adresse, Telefonnr. und ggf. Website
- Projektbeschreibungen, -anlagen und weitere antragsrelevante Angaben / Unterlagen

Im Fall einer Bewilligung werden folgende weitere Daten verarbeitet

- Bankverbindung zur Auszahlung der Zuwendungssumme
- Verwendungsnachweis, ggf. Projektdokumentationen zum geförderten Projekt

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die oben genannten Daten verwenden wir für die Durchführung des Antrags- und Zuwendungsverfahrens. Die Rechtsgrundlage findet sich in Art. 6 Abs. 1 lit a DSGVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb des Bezirksamtes Mitte von Berlin

- Fachbereich Kunst und Kultur im Amt für Weiterbildung und Kultur
- Wirtschaftsstelle des Amtes für Weiterbildung und Kultur
- bei Bewilligung zusätzlich: SG Öffentlichkeitsarbeit im Amt für Weiterbildung und Kultur
- bei juristischen Personen zusätzlich: SE Steuerungsdienst/Finanzen/Personal

Außerhalb des Bezirksamtes Mitte von Berlin

- Mitglieder der Förderbeiräte im Rahmen der Antragsbewertung
- Fachfirma zur Vernichtung der Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen

6. Dauer der Speicherung

Antragsunterlagen nicht-geförderter Projekte in Papierform werden durch eine externe Fachfirma DSGVO-konform vernichtet. Antragsunterlagen geförderter Projekte in Papierform werden nach mindestens sechs Jahren Aufbewahrung (gem. AV LHO Berlin § 71 Anlage 1) gleichermaßen fachgerecht vernichtet.

Eine Löschung der in digitaler Form vorhandenen Daten erfolgt nach einer Frist von zehn Jahren, da die digitale Erfassung der Daten im Kontext des rein analogen Antragsverfahrens viel Arbeitszeit erfordert und eine häufigere Löschung ineffizient wäre. Ausgeschlossen von der Löschung innerhalb der o.g. Fristen sind allgemeine Angaben zum Projekt (Projektdauer, Förderhöhe, Zuwendungsempfänger*in, Projektpartner*innen bei BKF-Projekten, künstlerische Sparte, Veranstaltungsort, Projektzeitraum, Anzahl der Mitwirkenden).

7. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherte Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollen (Art. 16 DSGVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung, von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DSGVO).
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden(Art. 77 DSGVO).

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Berlin,

Alt-Moabit 59 -61, 10555 Berlin, Telefon (030) 13889-0, Telefax (030) 2155050, E-Mail:

mailbox@datenschutz-berlin.de